

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Tblr.,
für ganz Preußen 1 Tblr.
24 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Supplemente
(14 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amthches.

Berlin, 8. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
ruht: Allerhöchstherrn Flügel-Adjutanten, Major von Treschow, den Ro-
then Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern am Ringe zu verleihen.
Se. R. O. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs,
Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Rechnungs-Revisor Ernst Friedrich
Kunze, so wie dem Regierungs-Hauptkassen-Kassirer Ehrenthal in Köslin
den Charakter als Rechnungsrath; und dem Oberamtmann und Domänen-
pächter Schallahn zu Selsow, im Regierungsbezirk Stettin, den Charakter
als Amtsrath zu verleihen.
Dem R. Eisenbahnkommissarius für Schlesien, Geheimen Regierungsrath
von Mostig zu Breslau ist die interimistische Verwaltung der erledigten
Stelle des Vorstehenden bei der R. Direction der Wilhelmsbahn übertragen
worden.
Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist gestern nach Braun-
schweig abgereist.
Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 9. Infanterie-
Brigade, von Le Blanc-Souville, nach Frankfurt a. D.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag, 7. Febr. Nach hier eingegangenen
Nachrichten aus Belgrad hat Fürst Milosch mit seinem
Sohne Michael unter dem Jubel der Bevölkerung vor-
gestern daselbst seinen Einzug gehalten. Die Minister und
der Senat waren von der Empfangsfeierlichkeit ausge-
schlossen. Der Senator Wutschitsch hatte, als der Reaktion
verdächtig, Hausarrest.

Paris, Montag, 7. Februar, Morgens. Der heutige
„Moniteur“ sagt in der Depesche aus Bukarest, welche die
Wahl des Fürsten der Moldau Couza zum Fürsten der Wa-
lachien meldet, daß die durch das organische Reglement und
Konvention vom 19. August in Betreff der Wahl vorge-
schriebenen Formen beobachtet worden seien. Die Proklamir-
tion ist mit Freude begrüßt worden; die Stadt war illuminirt.

Paris, Montag, 7. Febr., Mittags 1½ Uhr. Der
Kaiser hat die Session so eben in Person eröffnet. Der
Kaiser hielt folgende Eröffnungsrede:

Meine Herren Senatoren, meine Herren Abgeordneten!
Frankreich, Sie wissen es, sah seit sechs Jahren sei-
nen Wohlstand sich vermehren, seine Reichtümer aufwach-
sen, seine innere Uneinigkeit verschwinden und seinen Glanz
wieder herstellen; dennoch entsetzt von Zeit zu Zeit immit-
ten der Ruhe und der allgemeinen Wohlfahrt eine unbe-
stimmte Beunruhigung, eine dumpfe Aufregung, die ohne
bestimmte Ursache sich gewisser Gemüther bemächtigt und
das öffentliche Vertrauen erschüttert. Ich betraure diese
periodischen Entnuthigungen, ohne daß mich dieselben in
Erstaunen setzen. In einer Gesellschaft, die wie die unsere
durch so viele Revolutionen Umwälzungen erlitten hat,
kann die Zeit allein die Ueberzeugungen befestigen, die
Charaktere stärken und den politischen Glauben erwecken.
Die Bewegung, die sich so eben zeigt, ohne den Anschein
von dringender Gefahr, muß mit Recht überraschen, denn
sie deutet gleichzeitig auf zu großes Mißtrauen und zu
große Befürchtungen. Man scheint einerseits an der Mä-
gung, von der ich so vielfache Beweise gegeben, anderer-
seits an der wirklichen Macht Frankreichs gezweifelt zu haben.
Glücklicherweise ist die Masse des Volkes fern davon, ähn-
lichen Eindrücken zugänglich zu sein. Heute ist es meine
Pflicht, Ihnen von Neuem auseinander zu setzen, was man
vergeffen zu haben scheint. Welche Politik habe ich bestän-
dig befolgt: Europa zu beruhigen, Frankreich seine wahre
Stellung wieder zu geben, unsere Allianz mit England eng
zu befestigen und mit den Continentalmächten Europas den
Grad meiner Intimität nach der Gleichartigkeit unserer
Ansichten und der Natur ihres Benehmens Frankreich ge-
genüber zu regeln.

So gab ich am Vorabende meiner dritten Wahl zu
Bordeaux die Erklärung, das Kaiserreich ist der Friede,
indem ich durch dieselbe beweisen wollte, daß, wenn der
Erbe des Kaisers Napoleon den Thron wieder bestieg, er
nicht eine Ära von Eroberungen wieder beginnen, sondern
ein Friedenssystem einführen würde, das nur durch die
Vertheidigung großer nationaler Interessen gestört werden
könnte. Was die Allianz zwischen England und Frankreich
betrifft, so habe ich meine ganze Beharrlichkeit daran gesetzt,
dieselbe zu konsolidiren, und ich habe jenseits des Kanals
eine glückliche Reziprozität der Gesinnungen von Seiten der
Königin von Großbritannien, wie von Seiten der Staats-
männer aller politischen Meinungen gefunden. So bin ich,
um dieses für den Frieden der Welt so nützliche Ziel zu
erreichen, bei jeder Gelegenheit über irritirende Erinnerun-
gen der Vergangenheit, über verleumderische Angriffe, selbst

über nationale Vorurtheile meines Landes hinweggegangen.
Es hat diese Allianz ihre Früchte getragen. Wir haben
vereint nicht nur einen dauernden Sieg im Orient errun-
gen, sondern auch am äußersten Ende der Welt ein unge-
heures Reich den Fortschritten der Civilisation und dem
Christenthum erschlossen.

Seit dem Friedensschlusse haben meine Beziehungen zu
dem Kaiser von Rußland den Charakter der aufrichtigsten
Herzlichkeit angenommen, weil wir über alle streitigen Punkte
einig gewesen sind. Ebenso muß ich mir Glück wünschen we-
gen meiner Beziehungen zu Preußen, die nicht aufgehört ha-
ben, von gegenseitigem Wohlwollen besetzt zu sein. Dagegen
haben sich das Wiener Kabinett und das Meine, ich sage es
mit Bedauern, oft in Meinungsverschiedenheiten (dissidence)
über wesentliche Fragen befunden, und es bedurfte eines sehr
versöhnlichen Sinnes, um zu ihrer Lösung zu gelangen. So
hat beispielsweise die Rekonstitution der Donaufürsten-
thümer nur nach zahlreichen Schwierigkeiten, welche der
vollen Befriedigung ihrer legitimsten Wünsche geschadet ha-
ben, beendet werden können. Und wenn man mich fragte,
welches Interesse Frankreich in diesen fernen Gegenden,
welche die Donau bespült, hatte, so würde ich antworten, daß
das Interesse Frankreichs überall da ist, wo es gilt, eine ge-
rechte civilisatorische Sache geltend zu machen. Bei dieser
Sachlage war es nichts Außergewöhnliches, daß Frankreich
sich Piemont mehr näherte, welches während des Krieges so
ergeben, und während des Friedens unsrer Politik so treu
war. Die glückliche Verbindung meines vielgeliebten Veters,
des Prinzen Napoleon, mit der Tochter des Königs Victor
Emanuel ist also nicht eine jener unlauteeren Handlungen
(faits insolides), bei welchen man eine versteckte Absicht
suchen mußte, sondern die natürliche Konsequenz der Gemein-
samkeit der Interessen beider Länder und die Freundschaft
beider Souveräne.

Seit einiger Zeit beunruhigen der Zustand Italiens
und seine anormale Lage, wo die Ordnung nur durch fremde
Truppen aufrecht erhalten werden kann, mit Recht die Diplo-
matie. Nichtsdestoweniger ist dies kein genügender Motiv, an
den Krieg zu glauben, welchen die Einen, ohne legitimen
Grund zu haben, mit allen ihren Wünschen herbeisehnen, und
bei welchen die Anderen in ihren übertriebenen Befürchtungen
Gefallen finden, Frankreich die Gefahren einer neuen Ko-
alition zu zeigen. Ich werde unerschütterlich auf dem Wege
des Rechts, der Gerechtigkeit, der nationalen Ehre beharren,
und meine Regierung wird sich weder fortreißen noch ein-
schüchtern lassen, weil meine Politik nie herausfordernd und
nie verzagt sein wird. Fern von uns sei daher dieser trüge-
rische Lärm, dieses ungerechte Mißtrauen. Der Friede, so
hoffe ich, wird nicht gestört werden! Nehmen Sie also ruhig
den gewohnten Lauf Ihrer Arbeit auf. Ich habe Ihnen offen
die Lage unserer äußeren Beziehungen auseinandergesetzt,
und diese Auseinandersetzung, konform Allem, was ich mich
bemüht habe, seit zwei Monaten das Inland wie das Aus-
land wissen zu lassen, wird Ihnen, wie ich gern glaube, be-
weisen, daß meine Politik nicht einen Augenblick aufgehört
hat, dieselbe zu sein: Fest, aber versöhnlich.

So rechne ich immer mit Vertrauen auf Ihre Mithilfe,
wie auf die Unterstützung der Nation, die mir ihre Geschichte
anvertraut hat. Sie weiß, daß nie persönliches Interesse, noch
kleinlicher Ehrgeiz meine Handlungen leiten werden. Wenn
man, gestützt durch Volkswillen und durch Volksgesinnung,
die Stufen eines Thrones bestiegen hat, so erhebt man sich
durch die Schwere der Verantwortlichkeit über die niederen
Regionen, wo sich vulgäre Interessen mit einander streiten,
und man hat als ersten Beweggrund wie als letzten Richter:
Gott, sein Gewissen und die Nachwelt.

(Eingeg. 8. Febr., 8 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 7. Febr. [Vom Hofe; Ver-
schiedenes.] Gestern erschienen fast alle Mitglieder der königl.
Familie im Opernhause und wohnten der Aufführung des Ballets
„Madin“ bei. Die Frau Prinzessin von Preußen machte während
dieser Zeit ihrer erlauchten Schwiegertochter einen Besuch. Nach
dem Schluß des Ballets nahmen die hohen Herrschaften im Palais
des Prinz-Regenten den Thee ein. Heute Morgen ließ sich der
Prinz-Regent von dem Geheimrath Mlaire Vortrag halten und
empfang darauf mehrere höhere Militärs, unter ihnen den diesseiti-
gen Militärbevollmächtigten bei der Frankfurter Bundeskonmission,
General Danthauer. Die Minister begaben sich insgesammt um
9½ Uhr nach dem Abgeordnetenhaus und hielten in dem dortigen
Ministerialzimmer eine Konferenz unter dem Vorsitz des Fürsten

von Hohenzollern ab. Mittags arbeitete der Prinz-Regent längere
Zeit mit dem Minister v. Schleinitz. — Der Herzog von Braun-
schweig verabschiedete sich heute Vormittags bei dem Prinz-Regen-
ten, dem Prinzen Friedrich Wilhelm und den übrigen hohen Herr-
schaften und begab sich darauf Mittags, in Begleitung der Prinzen
Karl und Albrecht, nach dem Bahnhofe. Se. Hoheit zeigte vor der
Abfahrt beiden Prinzen die neue Einrichtung seines prachtvollen
und bequemen Reisesalon-Wagens, dessen sämtliche Räume durch
einen Kalkofen geheizt werden. Der Herzog reiste Mittags 12
Uhr ab, versprach aber, bald zum Besuche wieder hierher zurückzu-
kehren. — Der Hofprediger Heym zu Potsdam ist heute früh von
dort aus nach Rom abgereist, und wird an Stelle des Oberhofpredi-
gers Enthalage, der hier zurückwartet wird, fernerhin vor Ihren
Majestäten den Gottesdienst abhalten. Wie ich höre, ist der Hof-
prediger Heym vom Könige nach Rom gerufen worden.

Morgen Vormittags 11 Uhr wird hier der Geheimrath, Ober-
Berghauptmann a. D. Graf Beust begraben. Die Mitglieder der
königlichen Familie werden ihre Wagen schicken. — Am Tage der
Entbindung der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm benutzte be-
kanntlich der Prinz-Regent eine Droschke zur Fahrt nach dem
Palais seines Sohnes, und erhielt der Führer der Droschke ein
Geldgeschenk. Jetzt soll nun noch mehr für denselben und seine
Familie geschehen, und sind bereits die darauf zielenden Redereien
angestellt worden. In derselben Droschke begab sich übrigens auch
der prinzipale Diener nach der Post, um dort die telegraphische
Depesche an den englischen Hof aufzugeben. — Seit einiger Zeit
kommen hier viele Arbeiter aus der Provinz Schleisien an (s. die
gestr. Berl. Korr.), welche theils nach Westfalen, theils nach dem
Sadebusen weiter gehen, wo sie bei den zur Ausführung kommen-
den Bauten dauernde Beschäftigung finden sollen. — Am Mitt-
woch verläßt die Leiche des Grafen v. Hapfeldt ihre bisherige Ruhe-
stätte in der St. Hedwigskirche und wird mittelst Extrazuges über
Potsdam nach Trachenberg geschafft, wohin sich bereits die Familien-
mitglieder begeben haben, um daselbst der Todtenfeier beizuwoh-
nen, die am Tage nach der Ankunft der Leiche dort abgehalten
werden soll.

[Eindruck der englischen Thronrede.] Die mit
großer Spannung erwartete englische Thronrede macht hier einen
befriedigenden Eindruck. „Die Treue der öffentlichen Verträge un-
verletzt zu erhalten und, so weit mein Einfluß reicht, zur Erhaltung
des allgemeinen Friedens beizutragen, das sind die Zwecke meiner
unaufhörlichen Sorgfalt“, sagt Ihre Majestät. Entwickelt man den
Inhalt dieses Satzes, so ergibt sich: 1) daß der Friede bedroht ist,
2) daß England sich anstrengt, ihn zu erhalten, und zwar 3) durch
Bewahrung der öffentlichen Verträge. Da die letzteren zu Gunsten
Deutschlands sprechen und nur von Frankreich und Piemont bedroht
werden, so ist klar, daß England gegen die Tendenzen der beiden
letzten genannten Staaten Partei ergriffen hat. Nur die Okkupation
Roms ist in keinem Verträge vorgesehen. Will Frankreich sich aus
Rom zurückziehen, so wird es einen Anspruch haben, von Deutsch-
land das Gleiche in Bezug auf die Legationen zu fordern; das ist das
Aeußerste, was man Frankreich zugeben kann. Es mag in Italien
nicht Alles ganz beruhigend beschaffen sein, und es mag zugegeben
werden, daß bei den Regierungen der apenninischen Halbinsel eine
freundschäftliche Meinungsäufklärung über das Bedürfnis gesunder
Reformen ganz am Orte ist; aber solche in den Grenzen wohlmei-
nender Rathschläge sich haltende Einwirkung ist doch himmelweit
verschieden von dem Anspruch: souverainen Regenten durch einen
Kongreß fremder Mächte das Grundgesetz ihrer Regierungsweise
vorgeichnen zu wollen. Die Prävention Napoleon's III., das Pro-
tektorat Europa's zu führen, kann nicht zu früh und zu energisch
zurückgewiesen werden! (R. 3.)

[Ordensverleihung.] Dem „M. M.“ wird aus Kiel
mitgetheilt, daß der Großherzog Peter von Oldenburg bei den
jüngsten Verleihungen seines Oldenburgischen Haus- und Ver-
dienst-Ordens auch dem in Kiel lebenden Dichter D. Klaus Groth
wegen seiner poetischen Leistungen das Ehrenkreuz dieses Ordens
verliehen hat.

Danzig, 6. Febr. [Die Fregatte „Gefion“] ist unter
dem Kommando des Kapitäns J. S. Donner, in Brasilien ange-
langt. (D. D.)

[Petition.] Die Anstrengungen, welche von verschiede-
nen Seiten gemacht werden, den Anschluß Danzigs an die Köslin-
Stargarder Bahn zu hinterreiben, haben die Handels-Sektion
des Gewerbe-Vereins bewogen, eine Petition wegen der Bahn
Danzig-Köslin und Danzig-Neufahrwasser in Umlauf zu setzen;
dieselbe hat einen ganz allgemeinen Anklang gefunden und bedeckte
sich rasch mit einer großen Anzahl von Unterschriften von Männern
aller Stände, und wird in den nächsten Tagen nach Berlin ab-
gehen. (D. 3.)

Görlitz, 7. Febr. [Petition in Betreff der Real-
schulen.] Seitens der hiesigen Stadtverordnetenversammlung ist
einstimmig der Beschluß gefaßt worden, den Magistrat um Abien-
dung einer Petition an den Landtag in der Realschulfrage zu er-
suchen. Der Antrag liegt zwischen den von Königsberg und Köln
gestellten in der Mitte, denn während er sich nicht damit begnügt, für die
Realschulen die früher besessenen Rechte wiederzufordern, geht er
noch auch nicht so weit, die vollständige Gleichstellung der Real-
schulen mit den Gymnasien zu beanspruchen. Er geht nämlich näher
dabin, den Realschulen rücksichtlich der Vorbildung zum Bau- und
Bergfach die früher besessenen Rechte wieder zu verleihen, außerdem
aber ihre Berechtigung dahin zu erweitern, daß sie in Betreff der
Vorbildung zum Militärdienst mit den Gymnasien gleichgestellt
werden und befugt sind, ihre Abiturienten zum Studium der Ma-

thematik, Naturwissenschaften, modernen Sprachen und Kameralwissenschaften zur Universität zu entlassen. Die erste Forderung basirt auf Artikel 112 der Verfassung, dessen klarem Wortlaut zuwider die Aufhebung der bei ihrer Publikation bestehenden Berechtigungen mit 1855 erfolgt ist; die zweite ist um deswillen begründet, weil seit der Zeit, wo den Primanern der Realschulen das Recht zum einjährigen Dienste und zum Eintritt als Offiziersaspirant gewährt wurde, eine Erweiterung des Kurses der Realschulen stattgefunden hat, welche die Zurücksetzung der Realschüler gegen die Gymnasiasten in dieser Beziehung ungerechtfertigt erscheinen läßt. Was nun den dritten Punkt betrifft, so spricht dafür, soweit es die akademische Vorbildung von künftigen Realschullehrern betrifft, die Autorität von Fachmännern, wie des Geh. Ob. Reg. Raths Dr. Brüggemann und des Kondirektors Dr. Einstein, und die Erfahrung, daß auf Realschulen gebildete junge Männer sich mehrfach mit Erfolg dem Studium der oben genannten Fächer ergeben und die vorgeschriebene Staatsprüfung für das höhere Schulfach bestanden haben. Da die zum Besuch einer Universität nach den bisherigen Bestimmungen nothwendige Erlaubnis des Unterrichtsministers den Abiturienten der Realschulen auch bisher nicht verweigert ist, gilt es keineswegs, den Realschulen ein ganz neues Feld der Thätigkeit zu eröffnen, sondern um eine faktisch bestehende Befugnis rechtlich zur Geltung zu bringen. Die Forderung der Berechtigung zum Studium der Kameralwissenschaften ist mit Rücksicht auf die künftigen Landwirthe gestellt worden, denen nach einer ihrem künftigen Berufe am besten entsprechenden Vorbildung auf einer Realschule, eine höhere akademische Bildung als Bedürfnis erscheinen sollte. Im Interesse der preussischen Realschulen ist lebhaft zu wünschen, daß die hierorts angeregten Wünsche eine vollständige Berücksichtigung Seitens des Landtags und der Staatsbehörde finden mögen. (B. 3.)

Köln, 6. Febr. [Die polytechnische Schule.] Hinsichtlich der hier zu errichtenden polytechnischen Schule war in der vorgestrigen Stadtvorordnetenversammlung die von dem Verpräsidenten der Rheinprovinz gestellte Frage zu beantworten, ob hier die Ansicht obwalte, aus dem fraglichen Institut eine städtische, oder aber eine Staatsanstalt zu machen, auf welche letztere dann den städtischen Behörden keinerlei Einwirkung zustehen würde. Dem Gutachten der vereinigten Kommission für Schul-, Finanz- und Gewerwesen entsprechend, erklärte sich das Kollegium für den staatlichen Charakter der Schule, mit der Voraussetzung jedoch, daß die darin ausgebildeten Schüler zu den Prüfungen für die höheren Staatsämter zugelassen werden.

Thorn, 6. Febr. [Verurtheilung eines Ueberläufers in Polen.] Seit geraumer Zeit flüchten von hier und aus den Nachbarländern böse Schuldner, Betrüger und ähnliche, selbst stückweise verfolgte Individuen nach Polen und wuchsen sich dort vor den Reklamationen diesseitiger Behörden zu sichern. So stahl ein junger polnischer Ueberläufer seinem Prinzipale, einem hiesigen Buchhändler, der ihm großes Vertrauen geschenkt und viele selbstständige Disposition bewilligt hatte, nicht nur eine größere Summe Geldes, sondern hatte hier auch von verschiedenen anderen Personen Goldsachen und andere werthvolle Waaren entlehnt und entflohen dann nach Polen. Den ernstlichsten Bemühungen unserer städtischen Polizei gelang keine Verhaftung in Polen, wohin sein Prinzipal und ein theilhabender Goldjuwelier behufs Anklage und in der Hoffnung, noch Etwas zu retten, sofort reisten. Am 2. d. sind letztere zurückgekehrt. Der junge Verbrecher soll Anfangs vor den polnischen Gerichten mit großer Frechheit aufgetreten sein, obgleich man bei ihm fast noch alle Sachen, die sofort nach hier gebracht wurden, vorfand. Nach drei Verhören wurde er zu 4 Jahren Zuchthaus in Eisen und Festungsarbeit verurtheilt. Geld besaß er nicht mehr. (D. 3.)

Oestreich. Wien, 6. Febr. [Demonstration.] Die Burgtheater-Vorstellung am 3. d. hat abermals Anlaß zu einer patriotischen Demonstration des Publikums gegeben, wie sie in unserer bewegten Zeit nun schon öfter vorgefallen ist. Man gab das Trauerspiel „Montrose“, ein neues Laubisches Stück, und das gedrängt volle Haus brach bei einer Stelle, welche den Uebergang klerikaler Gewalten in die Bereiche des bürgerlichen Gesetzes kennzeichnet, in minutenlangen, nicht enden wollenden Beifall aus. Der Vorgang ist um so bemerkenswerther, als die Loyalität des Burgtheater-Publikums über jeden Zweifel erhaben ist und bei früheren, in der jüngsten Zeit gebotenen Gelegenheiten wiederholt sich kundgab. Diese Demonstration gilt daher hier allgemein als der Ausdruck der Volkseinstimmung gegen das Kontordat, und ich glaube kaum, daß man sie anders auslegen könnte. Denn wie sehr auch jeder Diktator in allen Fragen, welche die Ehre und Integrität des Staates betreffen, nur einen Grundsatß kennt, den der rückhaltlosen Hingebung an die Regierung: so reservirt er auch andererseits einen Theil seines politischen Bewußtseins dem eigenen Meinen und Gutdünken, namentlich in kirchlichen Dingen, welche hier ganz anders angesehen werden, als die Regierung vielleicht wünschen mag. Der Beifallsubel im Burgtheater bietet den besten Beleg für diese Ansicht. (Schl. 3.)

[Die Resultate der napoleonischen Politik.] Die „Presse“ schreibt: „Unter der Flagge des Friedens gelangte das Kaiserreich zu Einfluß, Macht und Ehren, wie nie zuvor, und als am 30. März 1856 der Friede in Paris unterzeichnet war, stand Frankreich da, nicht gefährdet, aber allgemein geachtet und stillschweigend als die erste Macht im Rathe Europas anerkannt. Es hatte sich einen moralischen Einfluß erworben, welcher der Schutz der Schwachen und der Zügel der Starken war. Der Vorbeir von Sebastopol bedeutete nicht bloß den Sieg über Rußland, sondern den Sieg über ganz Europa. All diese großen Resultate sind jetzt in eitel Nichts zerfloßen. Der Glanz, die Macht, der Einfluß, das Vertrauen, alles ist verschert. Die napoleonische Politik ist, nach einer jahrelangen Abirrung auf das Gebiet des Friedens, wieder zu ihrer wahren Tradition zurückgekehrt und macht Niemand, die Wege des ersten Kaiserreichs zu wandeln. Läßt sie sich durch die Einigkeit der Mächte noch davon abhalten und hält sie den ihr lästigen Frieden dennoch, so hat sie die Früchte einer siebenjährigen Vergangenheit vergeudet, den schon eingeschläferten Haß der Völker gegen den Bonapartismus neuerdings geweckt, und sie steht heute da, wie am ersten Tage ihrer Restauration, von der Liga des Mißtrauens umringt, ohne Freund und Allirten, machtlos trotz der gewaltigsten Kriegsmittel. Alles, Schiff und Ladung, den Kanonen des Kriegs-

gottes anvertrauen, oder ein diplomatischer Rückzug um den Preis des Zutrauens von Europa, das ist das Dilemma, in welchem die französische Politik sich gegenwärtig befindet. Wir halten die Lage des Kaiserreichs im Innern nicht für so verzweifelt, daß es keinen andern Ausweg hätte finden können, und haben daher schon längst aufgehört, in dieser unstaten Politik der Wechselfälle den Kulminationspunkt höherer Weisheit oder bewundernswerther Schlanheit zu erblicken.“

[Das neapolitanische Memorandum; Rüstungen; Beziehungen zu Rußland u.] Ueber den Inhalt des bereits erwähnten neapolitanischen Memorandums erfährt man, daß darin die dormalige Situation als eine sehr gefährliche bezeichnet wird, und daraus hervorgeht, daß die neapolitanische Regierung an die Erhaltung des Friedens nicht mehr glaubt. Die mit großem Eifer fortgesetzten Rüstungen liefern übrigens den Beweis, daß man sich in Neapel bereits auf alle Eventualitäten gefaßt macht. — Hier in Oestreich herrscht ebenfalls in allen Armeen eine große Thätigkeit, und scheint es mit Rücksicht auf die Rüstungen, die in allen Zweigen der Militär-Verwaltung mit Eifer betrieben werden, kaum mehr zu bezweifeln, daß man in den entscheidenden Krisen sich immer mehr mit der Wahrscheinlichkeit des Krieges vertraut macht. — Die Beziehungen zwischen Oestreich und Rußland haben in neuester Zeit keine Veränderung erfahren. Ich erwähne dies, weil in neuester Zeit wieder das Gerücht aufgetaucht ist, daß sich Oestreich und Rußland versöhnt hätten. — In dem Personal der hiesigen russischen Legation haben mehrere Änderungen stattgefunden. Dasselbe ist um zwei Attachés, die Herren v. Durassow und Baron v. Hahn vermehrt worden. Der zweite Gesandtschafts-Sekretär, Herr v. Nowosiltzow, ist nach Petersburg abgegangen und durch Herrn v. Wassiltschikoff, früher bei der Gesandtschaft in Berlin und London, ersetzt worden. (K. 3.)

Bayern. München, 5. Febr. [Kriegseventualitäten.] Die „N. Münch. Z.“ enthält an der Spitze ihres Blattes einen Artikel: „Blicke gegen Westen“, der, von dem Sage ausgehend, daß „trotz mancher beruhigender Nachrichten, trotz des momentanen Steigens der Fonds in Wien, doch schnell Ereignisse eintreten können, welche die Friedenshoffnungen vernichten und um so nachtheiliger einwirken werden, je weniger man sie erwartete und auf einen solchen Ausgang der Krisis vorbereitet war“, alle Chancen eines Feldzuges am Rhein erörtert und schließlich einen Angriff gegen Süddeutschland von der Schweiz her, wenn diese ihre Neutralität aufgeben müßte, ins Auge faßt. Es wird hier erörtert: „Eine starke französische Vorhut, welcher die Hauptkorps in kurzen Abständen folgten, könnte in etwa 48 Stunden (mittels der Eisenbahnen) von Lyon aus Rheinegg erreichen, und zwar in einer Zeit, in welcher die deutschen Truppen noch keine entsprechenden Gegenmaßregeln getroffen haben. Wenn nun die Franzosen sich der Schiffe auf dem Bodensee bemächtigen, so ist es möglich, theils zu Land, theils zu Wasser festen Fuß an der Argen zu fassen, die Festung zu besetzen und ihrer Hauptmacht das Vordringen zu erleichtern. Das ganze Vorland zwischen Basel und Rempten ist dann verloren, und statt am Oberrhein, beginnt dann der Kampf der Deutschen an der Iller, an Bayerns Grenze.“ Hieraus wird dann weiter die Schlussfolgerung abgeleitet: „daß durch die wenig unterbrochene Eisenbahnverbindung von Lyon bis Norschach und Rheinegg die Ufer des Bodensees eine strategische Bedeutung erhalten, welche sie in dem Maße früher nicht hatten; daß der schon früher in der „Allgemeinen Zeitung“ gemachte Vorschlag, die Dampfschiffe auf dem Bodensee zu militärischen Zwecken zu benutzen und die Häfen der Seestädte zu schützen, volle Beachtung verdienen dürfte; vor Allem aber die größte Wachsamkeit und Bereitschaft der zunächst theilhaftigen Bundesstaaten gerechtfertigt erscheinen möchte.“

[Pferdeausfuhrverbot.] Der Ministerpräsident erklärte, eine von der Kammer einstimmig unterstützte Interpellation des Hrn. v. Lerchenfeld in Betreff des Pferdeausfuhr-Verbots nachstens zu beantworten. (Fr. 3.)

Sammler, 5. Febr. [Kammerverhandlungen.] Das Gesetz über das Disziplinarverfahren gegen Richter ist gestern bereits erledigt. Die Tendenz des Ausschusses und ihr folgend auch die der Kammer zeigte allerdings eine unverkennbare Neigung zu Gunsten des Richterstandes und zum Schutz seiner Unabhängigkeit: von Regierungswegen, wo eher eine gewisse Vorliebe für die Verwaltungsbeamten besteht, wurde sogar auf eine reizbare Empfindlichkeit der Richter und ihrer Vertreter in den Kammern geschlossen und kein Grund eingebracht, warum sie anders und soviel schonungsvoller zu behandeln seien, als andere königliche Diener. Indessen gingen doch die Anträge, die jener Richtung folgten, mehrtheil durch, und der ganze Entwurf stieß bei der abschließlichen Abstimmung auf keinen Widerspruch. Unmittelbar folgte dann die dritte (letzte) Berathung der Strafprozeß-Ordnung; der Wunsch Einzelner, daß man wenigstens noch einen Tag der Ueberlegung vergönne möge, wurde von der Majorität der Kammer verjagt, nachdem der Minister des Innern dringend ermahnt hatte, keine Stunde zu verlieren und der Regierung endlich Zeit zu geben, daß sie an die Ausführung der Verwaltungs- und Justiz-Organisation gehe und den Sorgen und Zweifeln der vielen dabei Theilhaftigen ein Ende mache. (Pr. 3.)

[Das unglückliche Duell] ist hier das Tagesgespräch. Wenn die Sitte des Zweikampfes, wie hier, ein blühendes, mit den Bürgschaften für eine reiche Zukunft versehenes Leben vernichtet, und gar um der kleinsten Geringfügigkeit willen vernichtet, so findet sie Jeder doppelt und dreifach grausam. Sie schießt dann aber nur schlimmer aus, als sie allemal ist. Gestern Nachmittags wurde das Opfer dieses neuesten Zweikampfs zur Erde bestattet mit allen hier üblichen militärischen Ehren. Offiziere aller Waffengattungen folgten in langem Zuge; voran gingen die Kameraden des Verstorbenen, der Baron Richthofen als Vertreter des Prinzen Admirals an der Spitze. Die Theilnahme für das Schicksal des jungen Offiziers, an dessen ersten Waffenthaten (er hatte sich bei dem Angriff auf die Risspiraten hervorgethan) dieses Land als seine Heimath sich doppelt freuen mußte, war so groß, es mochte dabei auch so Uebertriebenes von den Vorgängen erzählt werden, daß die „N. S. Ztg.“ sich zu einer Darlegung der näheren Umstände veranlaßt sieht. Der Ehrenrath in Preußen und das hiesige Offizierkorps hätten das Duell für statthaltend erklärt. Pistolen habe der Gebliebene verlangt, nicht gezogene Kavallerie-Offizier-Dienstpistolen wären benutzt, ohne Stecher und ohne Bisir, bei 16 Schritt Entfernung

ohne irgend ein Ziel auf Kommando gefeuert, also nichts sei geschehen, um die Gefahr eminent zu machen. Zwei Stunden nach dem Zusammentreffen war der Verwundete an innerer Verblutung gestorben. Die gerichtliche Untersuchung sei eingeleitet, eine Bestrafung des Ueberlebenden aber nur zu erwarten, wenn sich etwa ergeben sollte, daß die bestehenden Reglements nicht genügend berücksichtigt worden seien. Das ist eben so richtig als traurig; traurig nicht, daß der Ueberlebende, dessen Schicksal beklagenswerth genug ist, straflos ausgeht, aber daß es Gesetze giebt, die den Zweikampf sanktioniren, statt ihm zu steuern. (K. 3.)

Sachsen. Leipzig, 6. Febr. [Eisenbahnunfall.] Am 2. d. Nachmittags fuhren bei starkem Schneegestöber zwei Güterertrazüge auf der eingleisigen Strecke zwischen Reuth und Hof gegeneinander. Es wurden dabei drei vom Dienstpersonal leicht und drei andere schwerer verlegt; beide Maschinen sind stark beschädigt. Der Unglücksfall scheint durch Unterlassung einer telegraphischen Meldung vom Abgange des einen Zuges herbeigeführt worden zu sein.

Dresden, 6. Febr. [Die französische Flugschrift.] Die Redaktion des „Dresdner Journals“, des notorisch offiziellen Organs der sächsischen Regierung, bemerkt zu dem telegraphisch gemeldeten Auszuge der Lagueronnière'schen Broschüre: „Wenn dies der Inhalt der im Voraus vielbesprochenen Broschüre ist, so vermögen wir derselben eine so große Wichtigkeit nicht beizumessen, denn es scheint uns unmöglich, den Ursprung einer Darlegung, wovon jeder Satz die Widerlegung so augenfällig in sich trägt, auf eine maßgebende Stelle zurückzuführen.“

Württemberg. Stuttgart, 6. Febr. [Manifestationen.] Am 2. d. ist der „Beobachter“ abermals mit Beschlag belegt worden, wegen eines Artikels aus der „Volkzeitung“ gegen Louis Napoleon, gegen welchen persönliche Angriffe darin enthalten seien. Dafür wurde sein in vorletzter Woche aus ähnlichen Gründen in Beschlag genommener Artikel von dem Gerichtshofe frei gegeben. Diese Beschlagnahmen, so wie die Abbestellung des Stückes: „Das Testament des großen Kurfürsten“, wobei eine allerdings eklatante Manifestation Seitens des Adels wie Seitens des bürgerlichen Publikums stattgefunden haben würde, machen um so unangenehmeres Aussehen, als sie nach der bekannten Stimmung in höheren Kreisen nur von einer ganz kleinen Partei ausgehen können, welche den jetzt so gerechtfertigten Ausdruck der nationalen Stimmung der Rücksicht auf das russisch-französische Wohlwollen opfert. Diese ist um so beklagenswerther, als das Volksgefühl dadurch schwer verletzt wird, und zwar auch bei sehr konservativen Männern. Die russisch-französische Region der hiesigen Gesellschaft sucht wie überall der Haltung Frankreichs die mildeste Auslegung zu geben und dadurch in einflussreichen Kreisen die so gegründete Wachsamkeit zu berücken und die mißtrauische Stimmung einzulullen. Mit Vertrauen blickt man auf unsern König nach Nizza.

Baden. Mannheim, 5. Febr. [Evangel. Gesellenverein.] Vor wenigen Tagen hat sich hier auch ein evang. Gesellenverein gebildet, dessen Mitglieder bisher dem kath. Gesellenverein angeschlossen waren.

Frankfurt a. M., 6. Februar. [Selbstmord.] Die Börsenpekulationswuth hat hier ein Opfer höchst trauriger, aber auch zugleich höchst seltener Art gefordert. Der 18jährige Sohn reicher Eltern aus dem benachbarten Mainz, der hier in der L. schen Pensionsanstalt untergebracht, zugleich aber im Geschäft des Bankiers G. beschäftigt war, erschoss sich, weil er unglücklich an der Börse spekulirt hatte!

Hamburg, 5. Febr. [Verfassungs-Agitation.] Die Zahl der Unterzeichner der Supplik um Einführung der Verfassung vom 23. Mai 1850 war bis zum 1. d. auf fast 4000 gestiegen, worunter die Kapazitäten der Börse und der Rheder, und selbst die nächsten Auserwählten von Senatoren haben sich der Bewegung angeschlossen und kämpfen in Wort und Schrift für die Reformbestrebungen. (Fr. 3.)

Holstein. Speyer, 4. Febr. [Petitionen katholischer Gemeinden.] In der gestrigen 13. Ständesitzung erfolgte die Behandlung des zweiten Berichts des Petitionsausschusses über zwei Gesuche kath. Gemeinden, der in und um Altona, so wie der in Kiel, daß die Verhältnisse der kath. Kirche nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung geordnet werden mögen. Graf Hahn-Neuhaus (bekanntlich Katholik) beantragte die Einsetzung der Petitionen durch Vermittelung des k. Kommissars an das k. Ministerium, damit dort die dringenden Zustände der Katholiken geprüft werden könnten. Probst Salemann: An dem Zustande des Jahres 1824 sei durch das Erscheinen der Bundesakte nichts verändert worden. Die Bundesakte spreche nur von dem politischen und bürgerlichen Rechte, in den Petitionen sei aber von der freien Religionsausübung für die Katholiken die Rede. Eine vollständige Gleichstellung der Katholiken mit den Protestanten könne hier zu Lande nicht stattfinden, da die Protestanten in keinem kath. Lande mit den Katholiken gleichberechtigt wären. Zutrittsrath Röhrer: Von einer Parität für die Katholiken könne nicht eher die Rede sein, als bis eine solche den Protestanten in kath. Ländern gesichert sei, und dahin sei wohl noch ein weiter Weg. Graf Hahn-Neuhaus: Er erlaube sich, zu bemerken, daß in deutschen Ländern, z. B. in Bayern und Preußen, welches erstere Land doch untrüglich ein kath. Land sei, die Protestanten und die Katholiken gleichberechtigt seien. Er wolle nochmals an das Gerechtigkeitsgefühl der Versammlung appelliren. Pastor Börmann: Er müsse sich entschieden gegen den Antrag aussprechen. Wenn ein Bittender an unsere Thüre klopfte, dann öffnen wir ihm ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß. Es sei aber bekannt, daß Rom unser Land als ein verlorenes Land betrachte. Würde man also auf eine Weise, wie in den zu erledigenden beiden Petitionen beantragt, den Bittenden die Thür öffnen, dann werde alsbald ein großes Heer von kath. Geistlichen in unser Land eindringen, um dasselbe wieder zu erobern, was mindestens theilweise gelingen könne, da Rom über große Mittel und Kräfte verfüge. Er wolle die Versammlung davor warnen, daß sie nicht allein unter dem Gesichtspunkte der Humanität handle, sondern bedenken möge, daß Holstein ein evangelisches Land sei. Probst Salemann: Wenn Graf Hahn an das Gerechtigkeitsgefühl der Versammlung appellirt habe, so erlaube er sich zu bemerken, daß die kath. Kirche hier zu Lande nur aus Konfessionen bestehe. Graf Hahn: Er wolle nicht die in den Petitionen enthaltenen Beschwerden von der Regierung geprüft. Er wisse keinen andern Weg an die Regierung, an den Thron. Baron Blome: Eine so wichtige Frage könne auf dem Petitionswege nicht erörtert werden. Es stehe den Katholiken frei, sich direkt an die Regierung und an Se. Maj. den König zu wenden. Dies sei der richtige Weg. Gehe die Regierung auf die Gesuche ein, dann könne sie später mit den Ständen verhandeln. Würden die Gesuche jetzt an den Verfassungsausschuß gelangt sein, so wäre kaum ein den Petenten günstiger Erfolg erzielt worden, denn die Stimmung sei augenblicklich gegen derartige Gesuche. Uebrigens glaube er kaum, daß die Versammlung die erforderlichen Kenntnisse besitze, um auf eine so wichtige Sache eingehen zu können. Er werde für den Antrag des Ausschusses stimmen. Der Präsident: Er müsse sich gegen die Bemerkung verwahren, daß die Versammlung nicht die erforderlichen Kenntnisse besitze. Die Ständerversammlung sei nicht allein kundig, sondern verfassungsmäßig berechtigt und verpflichtet. Die Versammlung beschloß einstimmig den Uebergang zur Tagesordnung. (H. 6.)

Sächs. Herzogth. Gotha, 6. Febr. [Augenkrankheit in den Kasernen.] Laut öffentlich ausgerufenen Bekannt-

machung ist die Augenkrankheit, welche bereits anderwärts in den Kasernen bemerkbar geworden, nun auch in der hiesigen Kaserne unter den Soldaten ausgebrochen, so daß eine schnelle Entfernung der Soldaten aus derselben notwendig wurde. Höchsten Orts ist deshalb, wie dies vor einigen Monaten in Koburg ebenfalls geschah, die Einquartierung der Soldaten in den Bürgerhäusern befohlen worden. Das hiesige Stadtverordnetenkollegium hat beschlossen, ein Immediatgesuch an den Herzog zu richten, in welchem auf die Gefahr der Ansteckung durch jetzt anscheinend nicht an der ägyptischen Augenkrankheit leidende und deshalb in Privathäusern einquartierte Soldaten, so wie auf den Vertrag hingewiesen werden soll, nach welchem die Stadt 1300 Thlr. zahle, um von einheimischer Einquartierung frei zu bleiben. Es ist indessen auf einen Erfolg dieses Gesuchs nicht zu rechnen, da schon der Stadtrath auf eine ähnliche Vorstellung höchsten Orts unter Hinweisung auf militärische Rücksichten ablehnend beschieden worden ist. (S. P. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 4. Februar. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung wird die erste Stunde ganz von Geschäften rein formeller Natur in Anspruch genommen. Zwei neue Peers, Lord Churston nämlich (früher Sir J. P. Buller) und Lord Kingsdown (früher Herr Pemberton Leigh) werden eingeführt, leisten den Eid und nehmen ihre Plätze ein. Um 5 Uhr war das Haus leidlich gefüllt, wenngleich leerer, als sonst gewöhnlich am ersten Abende der Session der Fall zu sein pflegt. Der Earl von Windhills beantragt die Antwortadresse, und Lord Ravensworth ist sein Sekundant. Der edle Earl hebt in seiner Rede hervor, wie das einträchtige und gemeinsame Handeln der Engländer und Franzosen in den chinesischen Gewässern ein ehrenvolles Zeugnis von dem zwischen beiden Nationen herrschenden herzlichen Einvernehmen ablege. Außerdem rügt er in ziemlich harter Weise Bright's Reformprojekt und dessen Angriffe auf die Aristokratie. Er spricht die Erwartung aus, daß der Reformplan der Regierung billiger und der Unterstützung der Nation würdiger sein werde. Lord Granville vermisst in der Thronrede die Erwähnung der ionischen Inseln und der neuen Willkürlichkeiten mit den Vereinigten Staaten, tadelt sowohl die Art, wie Gladstone angefaßt wurde, als auch die Anstellung selbst. Auch über das Benehmen der Regierung in der Angelegenheit des „Charles Georges“ spricht er sich mißbilligend aus. Italien und die Diskussion Roms und der Legationen durch fremde Truppen anlangend, bemerkt er, daß, wenn auch der Haß gegen die Despoten groß sei, das gleiche Gefühl, wenngleich viel leicht in geringerem Grade, ebenfalls den Franzosen gegenüber herrsche. Mit der Einigkeit sehe es in Italien schlimmer aus, als die Despoten der verschiedenen Parteien ließen sehr weit auseinander. Sardinien werde hoffentlich der Politik nicht abtrünnig werden, welche es zu seiner gegenwärtigen Stellung im Rathe Europas emporgelassen habe, und ihrer Majestät Regierung werde sich hoffentlich keiner der Parteien gegenüber gebunden haben, außer insofern es durch die Interessen und die Ehre Englands geboten sei. Der Earl von Derby äußert, der Kaiser der Franzosen sei in der Angelegenheit des „Charles Georges“ den Bestimmungen der Verträge nachgekommen, und Portugal habe seinen Dank für das Benehmen der englischen Regierung und für den von ihr erhaltenen Rath ausgesprochen. Ueber sein Verhalten auf den ionischen Inseln werde Gladstone nach seiner Rückkehr Rechenschaft ablegen. Was die allgemeine europäische Lage angehe, so habe das englische Ministerium keiner Macht gegenüber eine Verbindlichkeit eingegangen, die seine Thätigkeit hemmen könnte. Es habe jedoch allen Mächten ohne Unterschied deutlich zu verstehen gegeben, daß England kein weiteres direktes Interesse an der Frage habe, als insofern es ein großer kommerzieller und Schiffsahrt-treibender Staat sei. Es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die gegenwärtigen europäischen Verwicklungen nicht auf dem Wege der Diplomatie beigelegt werden könnten. Seither sei Italien eine beständige Ursache der Besorgnisse für Europa. Doch habe der Kampf für die Freiheit in Italien stets nur einen Wechsel der Herren zur Folge gehabt. Die Lombarden hätten wenig Ursache, sich über die Art, wie sie regiert wurden, zu beklagen, und falls ein Zustand oder Bürgerkrieg in Neapel ausbreche, so dürfe England sich nicht einmischen; doch werde die englische Regierung den Volkswillen und die de facto bestehende Regierung respektieren. Der Hauptgrund der Verlegenheit jedoch liege in Rom, wo der Haß des Volkes gegen die Regierung so groß sei, daß, wenn er nicht durch fremde Heere im Zaume gehalten würde, nichts die päpstliche Regierung vor dem Untergange retten könnte. Durch französische und österreichische Vermittelung werde England seine Stimme in Rom vernehmen lassen und auf Abhilfe der dort obwaltenden allgemeinen anerkannten Uebelstände hinwirken. Sardinien's Sache sei es, sich mit Verbesserungen im Innern zu befassen, keineswegs aber dem übrigen Italien mit dem Beispiele einer aggressiven Politik voranzugehen. Auch glaube er nicht, daß der Kaiser der Franzosen Sardinien durch seinen moralischen oder militärischen Beistand unterstützen werde, so lange Despotie sich innerhalb seiner Grenzen halte. Sollte es unglücklicherweise zum Kriege kommen, so sei die englische Regierung keiner der freitenden Mächte gegenüber durch irgend eine Verpflichtung gebunden. Carl Grey billigt im Allgemeinen die so eben von dem Premier auseinander gesetzte Politik. Lord Brougham spricht die Hoffnung aus, daß das über die Haltung Sardiniens gefällte allgemeine Verdammungsurtheil diesen Staat zum Nachdenken und vollständigen Handeln bewegen werde. Stimmung und Interesse des französischen Volkes sei gegen den Krieg. Dasselbe gelte von Deutschland und Europa. Ein Krieg zwischen Despotie und Sardinien könne sich unmöglich auf die Lombarden beschränken; es werde ein europäischer Krieg werden. Die Adresse wird schließlich angenommen.

Im Unterhause beantragte Trevelyan die Adresse und Beecroft sekundirt. Lord Palmerston bemerkt, das Haus sei selten zu einer Zeit zusammengekommen, wo größere und wichtigere Fragen in der Schwebe gewesen seien, als gegenwärtig. Obgleich es im eignen Interesse Despotie's höchst wünschenswerth wäre, wenn es seine italienischen Provinzen nicht beziehe, so dürfe man doch nicht außer Acht lassen, daß es dieselben Kraft des Vertrages von 1815 besitze. Dieser Vertrag müsse respektiert werden, und diejenigen, welche zum Kriege riefen, um Despotie aus Italien zu vertreiben, läden eine schwere Verantwortlichkeit auf sich. Anders sehe es mit dem Rechtspunkte dort aus, wo Despotie nicht auf eigenem Boden stehe und Provinzen okkupire, die einem Andern gehörten. Er hoffe, daß ein solcher anomaler Zustand aufhören, daß die Räumung des Kirchenstaates von französischen und österreichischen Truppen stattfinden und daß durch Reformen in den römischen Staaten der letzte Vorwand der fremden Okkupation schwinden werde. „Ich vereine mich“, sagt der edle Viscount zum Schluß seiner Bemerkungen über die italienische Frage, „mit allen anständigen Männern, indem ich mich gegen jenen Krieg ausspreche, von welchem das Gerücht sich schon so laut und weit verbreitet gemacht hat, und indem ich die Hoffnung ausdrücke, daß die Weisheit der Herrscher und der gesunde Sinn der Nationen den europäischen Frieden erhalten werden.“ Der Schatzkanzler theilt mit, daß die britische Regierung Frankreich und Despotie ihre Ansichten über die italienische Frage mitgetheilt habe. Der eigentliche Streitpunkt liege in Mittelitalien und in der Eifersucht zwischen den beiden erwähnten Großmächten. Nicht bloß an diese beiden Mächte, sondern auch an die Höfe von Turin, Berlin und Petersburg habe die britische Regierung die Aufforderung gerichtet, auf Reformen in Centralitalien hinzuwirken und so den Anlaß zu Unruhen zu beseitigen. Die Lage der Dinge sei allerdings bedenklich; doch halte er einen europäischen Krieg nicht für wahrscheinlich. Die Fortdauer des Bündnisses mit Frankreich sei höchst wünschenswerth. Lord J. Russell spricht für die Aufrechterhaltung der Verträge, gegen den Krieg und gegen die französisch-österreichische Intervention im Kirchenstaate, von dessen Lage er ein düsteres Bild entwirft. Die Adresse wird einstimmig angenommen.

London, 5. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung dauerten die Verhandlungen nur ein paar Minuten. Der Marquis von Exeter, als Oberhausmeister, verliest die Antwort der Königin auf die von den Peers votirte Adresse, und Lord Brougham überreicht eine Petition der freien Pleger von Jamaica, in welcher dieselben das Oberhaus bitten, es möge seinen Einfluß aufwenden, um zu verhindern, daß die Akte, welche die Einfuhr freier Pleger nach der Insel gestatte, die königliche Genehmigung erhalte.

Im Unterhause drückt Gladstone die Hoffnung aus, daß der Staatssekretär für Indien dem Hause einige Aufklärung über die Maaregeln geben werde, welche die Regierung zu ergreifen gedente, um die Einfuhr von Baumwolle aus Ostindien zu erleichtern. Es sei berechnet worden, sagt er, daß England einem einzigen Lande, den Vereinigten Staaten von Amerika, für Baumwolle 10,000,000 Pfd. St. mehr bezahle, als deren natürlicher Werth betrage. Das, was noch tiefer, um dem Uebelstande abzuhelfen, seien Straßen und Wasser. Lord Stanley erklärt, er könne gegenwärtig nicht auf diesen Gegenstand eingehen, sondern müsse die Erörterung desselben noch auf einige Tage verschieben.

Wenn die Finanzlage Indiens zur Sprache komme, so werde sich die beste Gelegenheit bieten, auch diese Frage zu debattieren.

[Tagesnachrichten.] In dem neuen Saale der London Tavern war vorgestern glänzender Judenball zur Feier ihrer vollständigen politischen Emancipation auf englischem Boden. Der Ertrag und die während des Ballabends reichlich gespendeten Geldbeiträge kommen einem literarischen Institute zu Gute, dessen Mitglieder höchstens zur Hälfte dem jüdischen Glauben angehören. — Herr Cobden soll im Begriffe sein, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu besuchen. — Aus Dublin meldet die sonst verlässliche Zeitung von Saunders, die Verzeigungen des Phönix-Klubs erstreckten sich bis in die Nähe der Hauptstadt, und vor wenigen Nächten seien, nicht drei Meilen vom Schlosse des Bischofs entfernt, an hundert Leute gehängt worden, die sich bei Nacht und Nebel als Soldaten eingezeichnet. Kaum wurden sie gewahrt, daß sie beobachtet seien (von einem zufällig des Weges gekommenen Gentleman), wollten sie tapfer Kleinsache nehmen. Ihr Anführer habe sie jedoch davon abgehalten, und seitdem sei die Polizei benachrichtigt worden.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. [Tagesbericht.] Der „Constitutionnel“ meldet, daß der französische General-Konsul und Kommissar Sabatier nebst Herrn Emerat an Bord des „Duchayla“ im Hafen von Suva am 20. und in Alexandria am 21. Januar wieder eingetroffen sei. Die Berufstellung des Polizeipräsidenten und des Repräsentanten des Handelsstandes in Osheddah, der beiden reichsten und angesehensten Personen der Stadt hat zwar einige Schwierigkeiten geboten, bemerkt der „Constitutionnel“ hierzu, doch sei die Schuld dieser beiden Männer so unzweifelhaft gewesen, daß der französische, englische und türkische Kommissar darüber einig waren, man dürfe mit ihrer Verurtheilung und Hinrichtung nicht zögern. — Herr Duchesne de Belcour ist zum französischen Generalkonsul für Japan ernannt worden und wird nächstens mit dem ratifizirten Vertrage dahin abgehen. — Laut Briefen, die aus Orestown hier eingetroffen sind, haben die Kongresse von Nicaragua und Costa Rica den am 1. Mai 1858 zwischen den Präsidenten dieser Freistaaten und Herrn Vesly abgeschlossenen Vertrag zum Bane des inter-oceanischen Kanals feierlich bestätigt. — Eine Gesellschaft, die sich gebildet hatte, um der sardinischen Regierung die Eisenbahn von Genua nach Turin abzukufen, hat, da sie sich mit dem Turiner Kabinett nicht verständigen konnte, sich wieder aufgelöst. — Der „Moniteur“ bringt die Ernennungen von vier Präfecten, neun Unterpräfekten und mehrerer Präfektur-Räthe. — Herr Paul Dupont, Mitglied des gesetzgebenden Körpers, veröffentlichte eine Broschüre über die Unzulänglichkeit der Besoldungen und Gehalte und über die Nothwendigkeit rascher Abhilfe. — Das „Album Dolais“ erzählt, daß im Spital zu Dole vor einigen Tagen durch Verwechselung der Särge ein junges Mädchen von einem Peloton Dragoner zur Gruft begleitet und mit militärischen Ehren bestattet wurde, während der Sarg eines Soldaten der Garnison von Jungfrauen begleitet, von Mädchenhänden zur Gruft getragen und mit Blumen bestreut wurde. Fast nachdem beide Begräbnisse vollbracht waren, wurde die Verwechselung der Särge entdeckt.

[Konsequenzen.] Man schreibt der „R. Z.“ von hier: Zum Beweise, wie aufrichtig und uneigennützig Frankreich bei der Lösung der italienischen Frage zu verfahren gedenkt, wird berichtet, der Kaiser sei entschlossen, die Insel Korsika, die bekanntlich ganz italienisch ist und mindestens eben so sehr, wie die Insel Sardinien, zu Italien gehört, an letzteres abzutreten. Es wäre auch in der That ganz inkonsequent, wenn Frankreich von Despotie die Hergabe der Lombardie verlange und dagegen seinen „Rechen“ von Italien behalten wollte. Auf gleiche Weise sollen demnach, wenn der Kaiser nach Erledigung der italienischen auch die deutsche Frage in die Hand nimmt, Elsaß und ein Theil von Lothringen an Deutschland zurückfallen. Hierdurch hat dann Frankreich das Seine gethan, um die großartige Idee des Gefangenen von St. Helena bezüglich der Nationalitäten zu verwirklichen; denn bei der polnischen Frage, die in dritter Reihe gelöst werden soll, steht Frankreich über den Parteien, und es ist nur ein leichter Scherz, wenn Einige auch von einer arabischen Frage reden, die den Besitz von Algerien gefährden würde.

Paris, 5. Februar. [Der Kaiser Napoleon III. und Italien.] Diese mit Ungeduld erwartete Broschüre, ist endlich erschienen und wird, ihren Inhalt und die Lage der Dinge in Betracht gezogen, nicht verfehlen, einen großen Eindruck hervorzubringen. Die hohe Quelle, aus welcher sie abgeleitet wird, die wichtigen Interessen, die sie berührt, der entscheidende Moment, in welchem sie an das Licht tritt, verleihen ihr eine Bedeutung, wie sie sonst selten von einer Flugschrift in Anspruch genommen werden kann. Der Viscount de la Guernoniere, unter der Zucht-Monarchie Legitimist, dann zur Partei der gemäßigten Republikaner gehörig und später in das faulste Lager übergegangen, ist der Verfasser dieser Schrift, der auch diesmal, wie schon vor einem Jahre in seinem: „Napoleon III. und England“, seine Geschicklichkeit in der Behandlung politischer Fragen bewährt hat. Die leitenden Ideen und selbst einzelne besonders bezeichnende Ausdrücke werden jedoch nach einem sehr verbreiteten Gerücht in einer erhabeneren Inspiration, als der dieses Publizisten genügt. Daher die formelle und materielle Wichtigkeit, welche dieser Erscheinung beigelegt wird. Nachdem die Bedeutung der italienischen Frage und die Nothwendigkeit einer angemessenen Lösung für sie nachgewiesen worden, wird die eigenthümliche Stellung Italiens hervorgehoben, bei welchem es sich um noch etwas Größeres, als die Nationalität, nämlich um die Civilisation selbst handelt. Italien sei die Heimath der europäischen Kultur und müsse in Verhältnis zu den anderen Nationen nicht bloß als eine Schwester, sondern auch als eine Mutter aufgefassen werden. Sein Einfluß, sein Ruhm in früheren Zeiten verpflanzte Europa zu Ehrfurcht und Dankbarkeit, sein späteres Unglück fordere zu Theilnahme und Mitleid auf. Als bestehende Nationalität nehme Italien eine bestimmte Stelle in der Welt und die mit derselben verbundenen Rechte ein. Dies zu vergessen, wäre von Seiten Europas eine Undankbarkeit, und hiesie, bei Italien eine Entsagung voraussetzen, die ihm nicht zugemuthet werden könne. Dies ist der Grundgedanke der ganzen Broschüre, von dem aus dann auf die Beleuchtung der einzelnen Seiten der italienischen Frage, auf ihr Verhältnis zu den Mächten, die in sie fördernd oder hemmend eingegriffen haben, übergegangen wird. Die italienische Frage“, sagt die Schrift, „enthält zwei genau von einander geschiedene Elemente: Das revolutionäre Element, das zusammenhängt mit subversiven Theorien und heftigen Leidenschaften, welche gleich unerbittlich sind mit der europäischen Ordnung, dem Gesetze der Civilisation, dem Interesse der Religion und der politischen Unabhängigkeit des Papstthums. Das nationale Element, welches seinen Ursprung hat in der Geschichte und in der Tradition Italiens, und welches zusammenhängt mit Allem, was sich als höchst gebieterisch und berechtigt herausstellt in den Bestrebungen der Völker der Halbinsel und sogar in den Bedingungen der Dauerhaftigkeit und der Sicherstellung der Regierungen selbst. Die Revolution wäre heute in Italien nur ein ohnmächtiges und verderbliches Beginnen. Isolirt in Europa, wo glücklicherweise überall die Ordnung herrscht, isolirt in Italien selbst, wo sie die konservativen und religiösen Interessen gegen sich erwecken würde, fände sie nirgends eine Stütze; sie wäre auf ihre eigenen Hilfsmittel angewiesen; verurtheilt durch die öffentliche Meinung, besiegt durch die Gewalt, wäre ihr Versuch ein bloßes Abenteuer; sie würde zurückweichen, erliegen, sie würde wieder den italienischen Boden mit Blut tränken und würde die Lage dieses edlen Landes noch trauriger machen. Das nationale Element stellt das dar, was in Italien das Lebenskräftigste ist. Es entspricht den den Völkern und Regierungen der Halbinsel gemeinsamen Hoffnungen; weit entfernt, die Throne zu bedrohen, erhöht es sie; es stellt dem Papstthume eine wichtige und ruhmvolle Rolle in Aussicht, welche einen Augenblick das edle Herz Pius IX. verlor hat, und welche, 1847, in einem gemeinschaftlichen Gefühle der Vaterlandsliebe selbst die Könige

von Sardinien und Neapel einander genähert hat. Ferner findet das nationale Element in Europa sichere Sympathien; denn es beruht auf den Prinzipien der Gerechtigkeit, welche von nun an die der Politik aller Regierungen sind; es findet die moralische Stütze der anglo-französischen Allianz, die zwischen zwei großen Staaten geschlossen wurde eben zu dem Zwecke, den Verwicklungen in Europa vorzubeugen, die Zwiespalte zwischen den Völkern auszugleichen und überall die Sache des Völkerrechts und der Civilisation aufrecht zu erhalten. England kann in der That Italien nicht aufgeben; denn England, seine Regierung, seine Staatsmänner, seine Krieger, seine Zeitungen haben es fortwährend, von 1848 an, aufgemunter und selbst unterstützt. Die ganze englische Politik in diesem Punkte findet sich zusammengefaßt in einem Dokumente von hoher Wichtigkeit. Am 29. Oktober 1848 richtete Lord Palmerston an Lord Ponsonby, Gesandten der Königin von Großbritannien zu Wien, eine Depesche, in welcher er erklärt, es sei keine Aussicht für Oesterreich, auf ungleiche und dauernde Weise das obere Italien zu behalten, dessen sämtliche Einwohner von einem unbefiegbaren Haße gegen die österreichische Armee tief durchdrungen seien. Er fügt hinzu: „daß es von Seiten der österreichischen Regierung gewiß weiser und der wirtschaftlichen Interessen der Monarchie angemessener wäre, die Bevölkerung von seiner Herrschaft zu befreien, da sie diese immer als ein Joch betrachten werde.“ Die englische Politik hat sich also mit Rücksicht auf Italien seit 1847 nicht verändert, sie hat und sogar überbietet. Während die Diplomatie des Königs Ludwig Philipp die österreichische Tendenz unterstützte, ermuthigte die Diplomatie der Königin Victoria die italienische. Der Einfluß Englands ist während dieser 14 Jahre nicht einen Tag in den Angelegenheiten der Halbinsel ohne Theilnahme geblieben. Als auf dem Pariser Kongresse Graf Walewski die Sorgfalt und Aufmerksamkeit der zur Regelung der Friedensbedingungen versammelten Bevollmächtigten auf den innern Zustand Italiens lenken zu müssen glaubte, unterstützte Lord Clarendon mit dem besonderen Ansehen seines Ranges und seiner hohen Erfahrung energisch die Wünsche des Ministers des Kaisers der Franzosen. Wir haben die Politik Englands in Bezug auf Italien auseinandergesetzt; welches Interesse hat nun Deutschland in dieser Frage? Es ist überflüssig, von Oesterreich zu sprechen, das dabei interessiert ist, einen Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten, der seiner Herrschaft günstig ist. Bleibt nur das eigentliche Deutschland. Pius IX., als er sich an den Kaiser von Oesterreich wandte in dem Augenblicke, da er gegen die Lombardo-Venetianer einen für den Patriotismus des italienischen Volkes und für das Herz des hohenpriesterlichen Doppelschwertes Kampf kämpfte, drückte sich in folgenden Worten über die Mächten und die Sendung Deutschlands aus: „Wir haben das Vertrauen, daß die deutsche Nation, so edelstolz auf ihre eigne Nationalität, nicht ihre Ehre suchen werde, in jenem blutigen, gegen die italienische Nation gerichteten Angriffe, sondern daß sie ihre Ehre vielmehr darin suchen werde, diese edelmüthig als Schwester anzuerkennen, beide unsere Töchter, beide unsern Herzen so theuer, indem sie zugiebt, daß jede ihr natürliches Gebiet bewahren, wo sie ein ehrenhaftes, vom Herrn gegebenes Leben führen werden.“ Welche Nation ist bei der Lösung der Nationalitäten mehr interessiert, als Deutschland? Es ist mit Recht auf diejenige eifersüchtig. Seit 1815 strebt es, mehr und mehr seine Einheit herzustellen, und wir sehen, mit welchem Eifer es von Dänemark Schleismig-Posten zurückverlangt. Nun wohl! die deutsche Nationalität trägt in sich einen Grund der Schwäche, eine Fälschung ihres Rechtes und ihres Prinzips; nämlich das ihr fremde Element, welches sie enthielt, indem es dem großen germanischen Körper einen Reigen der italienischen Nationalität anhängt. Kurz, die italienische Frage, auf ein Nationalinteresse zurückgeführt, frei gemacht von revolutionären Elementen, in Schranken gehalten und genähert in ihren Ansprüchen durch das moralische Protektorat Europas, könnte für Deutschland nichts Drohendes haben. Weit davon entfernt, würde ihre Lösung, wenn sie möglich wäre, eine neue Stütze für die deutsche Nationalität sein und eine Bürgschaft der Sicherheit und des Gleichgewichts für alle deutschen Staaten. Nachdem wir gezeigt haben, daß England moralisch verpflichtet und Deutschland politisch interessiert ist bei einer nationalen Lösung der italienischen Frage, müssen wir prüfen, wie diese Frage sich charakterisiren läßt mit Bezug auf Frankreich. Was Rom betrifft, so liegen drei bedeutende Schwierigkeiten vor, welche drei dringenden Bedürfnissen entsprechen, nämlich: 1) Die Veröhnung des kirchlichen Regiments mit einem legalen und regelmäßigen politischen Regiment im Kirchenstaate. 2) Die Unabhängigkeit des Papstes von den Fragen der Nationalität, des Krieges, der Bewaffnung, der innern und äußern Vertheidigung. 3) Die Bildung eines Heeres von Staatsangehörigen und die Ersetzung unserer Okkupation durch den Schutz einer genügenden und tüchtigen italienischen Streitkraft. Es sind dies drei Forderungen, denen wegen der Gefahr eines sichern und vielleicht neuen Aufstandes im Interesse Italiens, der Religion und aller katholischen Staaten genügt werden muß. Piemont hat an Wichtigkeit und an Ruhm viel gewonnen. Es hat einen Platz in den europäischen Angelegenheiten und eine Stelle in der Geschichte Italiens errungen. Um jedoch seine noch ganz neue Macht zu befestigen und seine Sicherheit im Innern wie nach Außen zu begründen, ist seine Regierung gehalten, zweien Interessen zu genügen, welche beide leidend sind: dem Nationalinteresse und dem religiösen Interesse. Die italienische Idee ist seit 1847 der Hebel und der Kernpunkt aller Handlungen der piemontesischen Politik; sie ist die Leidenschaft des Königs Victor Emanuel, so wie die Hahn des Kabinetts, in welchem Graf Cavour den Vorstoß führt. Diese Idee hat alles hervorgebracht, was ihr unter den gegenwärtigen Umständen hervorzubringen gegeben war, vom Gesichtspunkte der militärischen Thatfachen, der Klüffungen, des Vertheidigungssystems, der politischen Kundgebungen gegen Oesterreich aus betrachtet. Sie konnte in dieser Beziehung nicht weiter gehen, ohne den Krieg hervorzurufen. Piemont kann indessen ohne große Gefahren nicht auf dem Punkte bleiben, wo es sich befindet; es kann nicht umsonst an die Spitze einer italienischen Bewegung sich gestellt haben, um später zurückzweichen, nachdem es viel Arm gemacht hat. Es muß unbedingt Mittel finden, die Hoffnungen, die es erregt, zu erfüllen, soll es nicht allen Einfluß in Italien verlieren und selbst von Leidenschaftlichkeiten überflügelt werden, die seine Volkstheilnahme gegenwärtig im Zügel hält. (P. 3.)

[Die bonapartistische Denkschrift über die italienische Frage] nimmt das Interesse des Publikums ausschließlich in Beschlag. Bis heute sind 35,000 Exemplare derselben bei dem Verleger Dentu vergriffen. Der Ernst der Weltlage, wie sie durch die Thätigkeit der französischen Regierung seit dem 14. Januar 1858 geworden, trat in seiner ganzen schicksalvollen Schwere vor die Seele. Unmöglich, sagte man sich, wie der „Independance“ von hier geschrieben wird, kann eine Regierung, welche solche Worte in die Welt streut, ohne Schaden an Ansehen und Würde auf halbem Wege umkehren; und doch kann man sich auch nur schwer mit dem Gedanken befremden, daß Frankreich kopflüher in die Blutlache eines europäischen Krieges hineingestürzt werden solle, um Sardinien aus der „Sackgasse“, in die es sich unter Cavour's lediger Führung verrannt hat, herauszuholen. Aufgefallen ist auch, daß die Denkschrift diplomatische Vorgänge, die wiederholt in Abrede gestellt worden, ausplaudert, wie die Verhandlung über die weltliche Stellung des Papstes, die zwischen Frankreich und Oesterreich geführt wurden und gänzlich scheiterten. Der Eindruck in der politischen und finanziellen Welt war um so betäubender, weil die Hoffnung, es werde in Italien schließlich doch ruhig bleiben und die Krisis dadurch keinen akuten Charakter erhalten, jetzt kaum noch in Rechnung gezogen werden kann; denn diese Forderungen werden, so fürchtet man, durch die sardinischen Blätter auf der Halbinsel verbreitet, gleich Brannern wirken und der Bewegung einen Sammelplatz und einen Zusammenhalt, der ihr sonst jedenfalls gefehlt hätte, verleihen. Der erste hiesige Korrespondent des „Nord“, der sonst gern alles Offizielle und Offiziöse in rosigem Lichte sieht, äußert, die Flugschrift sei zwar außerordentlich eifrig gekauft und gelesen worden, sie habe aber „keineswegs überall dieselben Sympathien erhalten“; in der Börsenwelt namentlich habe man „mit Bekümmerniß in einigen Ausdrücken der Flugschrift die Kriegsfrage als fast unausbleiblich gestellt gesehen“. Welche Beruhigung kann es unter solchen Verhältnissen gewähren, wenn derselbe Korrespondent heute wiederholt versichert, es sei weder mündlich noch schriftlich ein Schuß- und Trugbündniß zwischen Frankreich und Sardinien abgeschlossen oder verabredet? Bündnisse solcher Art machen in der Stunde der Gefahr sich von selbst unter

denen, welche Alles aufboten, um eine große politische Frage nach ihrem Sinne zur Entscheidung zu treiben.

— [Volemik der „Presse“.] Nicht so friedlich, wie die heutige Börse, ist die „Presse“, die durch ihre Angriffe auf Oesterreich den Ereignissen des Moments schon im November vorgegriffen hatte. Sie enthält heute einen äußerst scharfen Ausfall gegen Oesterreich, das sie aus Italien hinausgeworfen haben will. Sie meint, man müsse die Verträge zerreißen, die Oesterreich das Recht gegeben hätten, die Italiener zu prügeln, zu quälen und zu erschließen. Sehr komisch macht sich in diesem ganzen Wirrwarr die „Karte Europa's im Jahre 1860“, die in London erschienen sein soll, von der man aber zuerst Kenntniß in Paris erhielt. Auf dieser Karte ist Oesterreich aus Italien verschwunden. Der König von Hannover regiert in Konstantinopel, Mecklenburg, Hannover und andere kleine deutsche Staaten sind mit Preußen vereinigt, das aber das linke Rheinufer verliert. Dieses fällt aber nicht an Frankreich, das auf der Karte von 1860 seine jetzigen Grenzen hat, sondern an Holland und Belgien. Frankreich tritt in dieser Karte sehr edelmützig auf, bezeichnend bleibt es aber immer, daß man das linke Rheinufer von Deutschland trennt. Man giebt es Belgien und Holland, d. h. Provinzen, die französisch waren und es natürlich später wieder werden sollen. Unter der edelmütigen Löwenhaut blüht der Fuchschwanz hervor.

Belgien.

Brüssel, 5. Februar. [Industrielle Gesellschaft; Verbrechen.] Dem Finanzminister ist von den Abgeordneten einer Gesellschaft von Kapitalisten in Antwerpen der Plan zu einem kolossalen Unternehmen vorgelegt worden, das zum Gegenstande hat: 1) der Regierung das öffentliche Entrepot von Antwerpen abzunehmen und den Bau aller neuen, dem Handel nöthigen Entrepots auszuführen, 2) die Errichtung von Schuppen auf den Quais der alten und neuen Bassins, um die Aus- und Einladung der Schiffe zu allen Zeiten zu sichern, 3) die Organisation aller ökonomischen Mittel des Ein- und Auslandes und des Waarentransports mit Dampfmaschinen für den Transport von großen Lasten von und nach den Etagen der Entrepots, 4) die praktische Anwendung des projektirten Gesetzes über die Warrants, nach dem Beispiele, wie sie in den Docks der Gesellschaften in England besteht. Die Konzession würde für 99 Jahre verlangt werden, und der Staat soll der Gesellschaft das gegenwärtige Entrepot zu mehr oder weniger vortheilhaften Bedingungen überlassen, die Stadt Antwerpen aber die nöthigen Terrains zu den Neubauten hergeben; mit dem Ablauf der Konzession würden die zu schaffenden Etablissements alle der Stadt Antwerpen angehören. — In der hiesigen von Nonnen gehaltenen Pensionsanstalt ist eine 16jährige Pensionärin plötzlich niedergekommen. Die junge Wöchnerin hat als Vater ihres Kindes ihren eigenen leiblichen Vater, einen reichen Schlächter vor dem Lakenher Thor angegeben, der vorgestern verhaftet worden ist.

Schweiz.

Bern, 4. Febr. [Die Genfer Volksversammlung.] am 31. v. M. ist wider Erwarten ruhig verlaufen; es scheint die Anfangs beabsichtigte Laxität geändert worden zu sein. Es hatte sich eine ziemlich zahlreiche Menschenmasse eingefunden, darunter auch viel Volk vom Lande. Das schlechte Wetter ließ die Benutzung der Kirche St. Servais wünschen; da sich dies aber verzögerte, so erbrach man die Kirchenporten und nahm die Kirchenträume in Beschlag. Die Redner nahmen vor der Kanzel Platz. Die Rede John Perrier's war ein Protest gegen das, was er die „Verleumdungen“ der Gegner nannte. Er proponirte eine Petition an den Staatsrath, um ihn um eine sofortige Einberufung des Großen Rathes zu bitten, damit dieser durch ein feierliches Votum „die Verleumdungen der Reaktion brandmarke!“ und ihnen ein Ziel setze. Der Antrag wurde ohne Opposition angenommen. Ähnlich fiel Herr Bantier gegen die Opposition aus. Er erwähnte auch, das „Journal de Genève“ werde gratis in alle Kaffeehäuser der Schweiz geschickt (positiv falsch). Herr Perrier erklärte dann, daß sich das Volk groß und edelmützig zeigen und verzeihen werde, in der Hoffnung, daß diese Demonstration seine Gegner zur Besinnung bringen werde. Wenn nicht, würde eine neue Versammlung stattfinden und die Dinge nicht mehr so ruhig gehen, wie diesmal. (1) Der Staatsraths-Präsident Fontanel (von Saronge) unterstützte diese Drohung; er sagte u. A., wenn die Reaktion ihre Manöver fortsetze, werde das souveräne Volk den Männern der Reaktion sagen: Verlaßt unsere Mauern; Ihr seid nicht mehr Bürger! Inmitten der industriellen Krise zeige das Genfer Volk sich seiner würdig; aber wenn die Geldaristokratie in ihrem Verhalten beharre, werde man die Besigenden fragen, warum sie zu viel haben“ (sic). Schließlich rief Herr Perrier durch seine Erwähnung „des großen Bürgers Fazy“, der nur, zu seinem großen Verdruß, durch die Sicht von dieser Versammlung fern gehalten worden, zwei Hurrah für Herrn Fazy hervor, und die Versammlung ging friedlich auseinander, um sich in den Schenken, gerade wie an Wahltagen, auf Staatsrechnung regalieren zu lassen. Staatsrath Duchosal (Chef des Polizeidepartements) und Staatskanzler Viridet sollen nach Marseille gereist sein, um den Prinzen Napoleon zu begrüßen. (Pr. 3.)

Italien.

Turin, 5. Febr. [Die Anleihe; Erzherzog Max; österreichische Truppeneinstellung.] Die Anleihe von 50 Millionen Kr. soll durch Entäußerung von Staatsrenten realisiert werden. — Es ist von der nahe bevorstehenden Abreise des Erzherzogs Ferdinand Max von Mailand die Rede. — Die österreichischen Truppen sind zwischen der Adida und dem Ticino vertheilt, und große Massen stehen an den beiden Enden der Linie zu Pavia und Piacenza.

Neapel, 1. Februar. [Hohe Gäste.] Die Erzherzoge Rainer und Wilhelm, so wie die Erzherzogin Marie, die hier am 30. Januar eintrafen, sind nach Bari abgereist, wo die Hochzeit des Kronprinzen am 4. Februar gefeiert werden soll.

Spanien.

Madrid, 4. Februar. [Tel.] Aus Kuba gingen der Königin eine Menge von Ergebniss- und Anhänglichkeits-Adressen zu. — Die portugiesische Regierung erklärte in der Abgeordneten-Kammer, daß die Gerichte von einer Ministerkrise unbegründet seien.

Rußland und Polen.

Petersburg, 30. Jan. [Bevölkerung; Erleichterung in der Theaterzensur; Feuersbrunst.] Die Bevölkerung von Petersburg, deren Zahl im akademischen Kalender für 1859 noch auf 490,000 Personen angegeben ist, beträgt nach der neuesten Angabe des Oberpolizeimeisters 560,000 Seelen, also 70,000 mehr, als die Angabe des Kalenders meldet. Bei letzterer sind freilich die hier verweilenden Fremden mit eingerechnet. — Für die Ostseeprovinzen ist eine Erleichterung in der Theaterzensur eingetreten, worüber die dortige, meist aus Deutschen bestehende Bevölkerung sehr erfreut ist. Dem Generalkriegsgouverneur dieser drei Gouvernements (Livland, Estland und Kurland) ist nämlich durch einen so eben veröffentlichten Ukas das Recht erteilt worden, über die Aufführung dramatischer Werke auf den Theatern der Ostseeprovinzen selbständig zu entscheiden. Es ist aber fernerhin nicht mehr nöthig, dergleichen Stücke der dritten Abtheilung der eignen Kanzlei des Kaisers zur Begutachtung einzusenden, wodurch der sehr langwierige und störende Weg der Kontrolle nunmehr vermieden wird. — Aus Christineslad in Finnland läuft die Nachricht ein, daß daselbst am 14. Jan. ein Feuer ausbrach, welches die ganze Stadt zu zerstören drohte. Es gelang zwar, in Folge der fast übermenschlichen Anstrengungen von Seiten der Löschmannschaften, die Gefahr abzuwenden, leider aber erst, nachdem 22 Gebäude völlig niedergebrannt waren. Es sind dabei große Waarenvorräthe zerstört worden; doch sind die Handelsleute, welche von dem Unglück betroffen wurden, mit Ausnahme von nur zweien, sämtlich durch die Feuerassuranz gedeckt. (Pr. 3.)

Petersburg, 31. Jan. [Ueber den jetzigen Stand der Emanzipationsarbeit] giebt die in der letzten Zeit viel genannte neue Moskauer Zeitung „Russki Dnewnik“, die sich durch Reichhaltigkeit ihrer Nachrichten auszeichnet, eine sehr faßliche Uebersicht. Die Gouvernements zerfallen in drei Kategorien: 41 haben Abelswahlen, 4 (nämlich Archangel, Wjatka, Denez und Perm) haben keine und einige, nämlich das Land der donischen Kosaken, Stawropol und die sibirischen Gouvernements, stehen unter besonderer Verwaltung. Sämtliche zur ersten Kategorie gehörigen Gouvernements haben Komite's, 5 derselben, nämlich Vilno, Grodno, Kowno, Nischnei-Novgorod, Petersburg, haben ihre Berichte schon vorgelegt, für 2 andere, nämlich Moskau, Kiew und Simbirsk, war im Dezember auch schon der Termin abgelaufen (und sie haben auch jedenfalls schon ihre Berichte eingereicht), die übrigen 33 sind noch beschäftigt, und zwar sollen im Januar Witebsk, Wolhynien, Woronesch, Zekaterinoslow, Kostroma, Podolien, Charkow und Tschernigow, im Februar Mowileff und Twer, im März Astrachan, Wladimir, Kasan, Minsk, Nowgorod, Penza, Pskow, Samara, Saratoff, Smolensk, Taurien, Tambow, Tula, im April Wolgda, Orel, Wladowa, Cherson, Jaroslaw, im Mai Kursk, im Juni Bessarabien, Kaluga, Drenburg ihre Arbeiten beendet haben, wobei zu bemerken ist, daß alle diese Daten nach altem Styl gerechnet sind. Den Generalgouverneuren von Sibirien ist im Juli v. J. der Befehl erteilt worden, binnen 6 Monaten ihre Vorschläge über die Verbesserung der Lage der Bauern zu machen. Man sieht also, daß bis Mitte dieses Jahres sämtliche Komite's ihre Arbeiten beendet haben werden, daß aber der größere Theil wahrscheinlich schon jetzt beendet ist. Bemerkenswerth ist, daß die Zahl der Leibeigenen am größten in den 3 Gouvernements Kiew (531,245), Podolien (485,966), in Wolhynien (440,000) ist. Im ganzen östlichen Sibirien giebt es dagegen nur 57 Leibeigene.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 1. Febr. [Für Religionsfreiheit.] Für Duldung der Katholiken und Einführung von „Gewissensfreiheit“ sind unlängst zahlreiche unterzeichnete Petitionen an den Kronprinz-Regenten von belgischen und nordamerikanischen Protestanten hier eingetroffen. (R. P. 3.)

Türkei.

Konstantinopel, 26. Jan. [Treffen im Kaukasus; Militärisches; Papiergeld; Telegraph; neue Zeitschrift.] Nachrichten, die uns über Trapezunt gekommen, sprechen von einem Angriffe auf das sicherste Trapesunt-Geländschiff, wo die Russen mit blutigen Köpfen wieder abgezogen sind. 300 Tode und Verwundete büßten sie ein. — Die Türkei sucht ihre geübten Truppen an Stellen zu dirigiren, wo sie unmittelbar in Thätigkeit kommen müssen. So geht ein schon aus Brussa nach Bolo gelangtes Infanterie-Regiment nach Tripolis in der Verberei. Dagegen langen aus den Provinzen sowohl zu Lande als zur See fortwährend Redits zum Erlaß für die abgehenden Mannschaften im stehenden Heere an. Dessenungeachtet geht die Pforte mit Verbrennung und Tilgung des alten Papiergeldes vor. Allerdings folgt daraus nicht mit Gewißheit, daß die Papierschuld nun auch um so viel geringer geworden, da neue Raimes in Masse am Plage sind. — Der intersejische Telegraph von der Spitze des Serafs nach Skutari ist vorigen Sonntag, trotz der Schwierigkeiten, welche die Stürmungen des Bosporus boten, wirklich gelegt worden. Das Kabel geht nördlich um den Beander-Thurm. — Dem „Levant-Herald“ ist nun wirklich die Erlaubniß, zu erscheinen, aber mit Censur, durch großherrl. Trabe gegeben worden. (R. 3.)

— [Worbrennereien der Montenegriner.] Die Nachrichten aus Montenegro melden, wie man es seit Jahren gewohnt ist, fortwährend von Räubereien, Ueberfällen und dergl. So haben die Czernagorzen wieder einen an der Gränze bei Barzi in der Herzegowina aufgestellten türkischen Wachtposten, der aus etwa 150 Bajchi-Bozaks bestand, überfallen. Die unvermuthet Angegriffenen zogen sich vor der Ueberzahl zurück, postirten sich in mehrere Häuser und führten den Vertheidigungskampf durch 24 Stunden fort. Die Angreifenden zündeten eines jener Häuser, in dem sich 15 Bajchi-Bozaks befanden, an. Die Unglücklichen gingen sämtlich in den Flammen zu Grunde. Aus Anlaß dieses Ueberfalles ist ein Theil der in Bosnien garnisontirenden Truppen wieder an die montenegrinische Gränze gezogen.

Belgrad, 30. Jan. [Skupstchina-Beschlüsse.] Die National-Skupstchina hat wieder eine Reihe von Vorschlägen zum Beschluß erhoben und dem Senate zur Einwilligung und Vollziehung vorgelegt, von denen folgende hervorzuheben: 1) Beschleunigte Einführung eines abgekürzten mündlichen und öffentlichen Verfahrens im bürgerlichen und im Strafprozeß. 2) Ausarbeitung eines Gesetzes zur Normirung der Eigenschaften eines bevollmächtigten Vertreters im bürgerlichen Prozeß, zur Einwegräu-

mung der Mißbräuche, durch welche das Volk jetzt durch unredliche Advokaten zu Grunde gerichtet wurde. 3) Einführung eines kürzeren Verfahrens in Schuldprozessen, welche auf das Eingeständniß des Schuldners oder auf glaubwürdige Dokumente basirt sind. 4) Auflösung der Gemeindefeinde und mündliche Verwerfung der darin zu findenden Hand liegenden Vorräthe. 5) Abstellung des Uebelstandes, daß die Regierung die Goldmünzen nach einem niedrigeren Kurse annahm und nach einem höhern Kurse ausgab.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 3. Febr. [Die Eröffnung der Deputirten-Versammlung] hat heute unter musterhafter Haltung der zahlreich anwesenden Bevölkerung stattgefunden. Nach fünfständiger Diskussion wurden einstimmig die Prinzipien für Annulirung der ungesetzlichen Wahlen festgestellt. Die Kommissionen für die Wahlprüfungen werden morgen gewählt werden. (Tel.)

— [Die Situation in den Donaufürstenthümern.] Die Mehrzahl der Bukarester Deputirten gehört der nationalen Partei an, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch in der Walachei ein Fürst gewählt werden wird, der wie Fürst Couza in der Moldau, der Union der beiden Fürstenthümer günstig ist (i. das Telegramm in der gestr. Ztg.). Eine Korrespondenz der „Wien. Ztg.“ aus Jassy, welche über die Bildung des neuen Ministeriums der Moldau berichtet, meldet gleichzeitig, daß man in Bukarest beabsichtigt, den Fürsten Couza auch als Kandidaten für das Hospodarat in der Walachei aufzustellen, indessen würde es gar nicht einmal dieser Demonstration bedürfen, um die Pforte zu veranlassen, gegen die Wahlen in den Fürstenthümern einen erneuten Protest einzulegen. Die orientalische Frage scheint nicht zur Ruhe kommen zu können, und immer neue Verwickelungen in Bereitschaft zu halten, wenn die alten auf diplomatischem Wege ihre Lösung gefunden haben. „An der untern Donau, sagt die „Ost. Post“, geht es zu, als ob nie ein Pariser Friedenstraktat abgeschlossen worden und die Pforte längst nicht mehr in der Welt wäre.“ In der That nehmen auch die Vorgänge in Serbien einen immer bedenklicheren Charakter an, und die National-Skupstchina ist so sehr bemüht, alle Regierungsgewalt auf sich selbst zu übertragen, daß für den Fürsten Milosch wenig mehr als Name und Repräsentation übrig bleiben wird. Auch die griechischen Provinzen des türkischen Reiches bieten nach wie vor der Verwaltung viel Schwierigkeiten dar, und sollen dieselben nach einem Briefe der „Independance“ aus Athen neuerdings in großer Aufregung darüber sein, daß die Pforte den Unterricht im Altgriechischen verboten hat.

Jassy, 30. Jan. [Das neue Ministerium; Verhaftungen.] Die „Wiener Ztg.“ bringt folgende Zusammenstellung des neuen Ministeriums: Der neue Ministerpräsident und Minister des Innern ist Basil Stourdza, des Aeußern (Postelnik) Basil Alexandry, der Finanzen Easlar Rosetty-Raducano, des Kultus und öffentlichen Unterrichts Konstantin Nolla, der öffentlichen Bauten Demeter Niklesko, der Justiz Manulaky Kostofy-Zepuriano, Bizegetman Colonel Miltischeko, die Polizei bleibt noch in den Händen des Obersten Savel Mano. — Letzterer ist gegenwärtig vollauf beschäftigt, die in der Moldau befindlichen und unlängst angekommenen Polen zu verhaften, welche einer revolutionären Liga angehören sollen, deren Ziel noch nicht bekannt ist, aber zu den verschiedensten Deutungen Veranlassung giebt. Die Anzahl derselben soll hier nahe an 30 betragen; in Fodschany, Galacz und Pottuschany sollen mehrere verhaftet worden sein, bei denen man auf ihre Absicht bezüglich die Papiere aufgefunden haben will.

Ionische Inseln.

Korfu, 29. Jan. [Unionsbestrebungen.] Das Parlament überreichte Gladstone eine vom Komite ausgearbeitete und von der gesetzgebenden Versammlung angenommene Adresse an die Königin, mit der Bitte, den Unionswunsch der ionischen Inseln den Großmächten vorzulegen.

Asien.

Bombay, 11. Jan. [Der Aufstand.] Nach offiziellen Mittheilungen haben sich neuerdings eine große Anzahl von Rebellen unterworfen, und die Entwaflnung nimmt einen günstigen Fortgang.

— [Die Expedition in Kachinchina.] Der „Nord“ theilt einen Brief von einem Herrn Mallat de Bassilan mit, welcher 11 Jahre in Hindustan gelebt, wo er, durch das Ministerium der Marine und der Kolonien mit einer besonderen Mission beauftragt, Gelegenheit fand, den gegenwärtigen Kriegsschauplatz genau zu sondiren. Er läßt sich besonders über die typhonartige Stürme und Regengüsse, die in Kachinchina in einer selbst für jene Breitengrade unerhörten Weise gewüthet, so daß, wie der Briefsteller sich ausdrückt, während 85 Stunden eine wahre Stundfluth vom Himmel stürzte. Er giebt alsdann ein Bild von der Fruchtbarkeit des Landes; der Reis gebe zwei Ernten; alle Gemüße gedeihen vortreflich, die Federviehzucht sei in gutem Stand. Das Meer finde Gelegenheit, sich aufs Vortreflichste zu verproviantiren. Um die Truppen zu schirmen, habe der Admiral verordnet, daß auf allen Seiten, zu Singapore, Manilla und Hongkong, Feldlager errichtet würden. Die Verfolgungen der Katholiken hätten einen Charakter von Grausamkeit angenommen, der Schauder erzeuge. Dampfboote seien, trotz der Gefahr, welche die Schiffsahrt um diese Jahreszeit darbiete, überall abgeandt, wo französische und spanische Missionare und katholische Eingeborne wohnten, um die Opfer ihren Henkern zu entreißen. Man bereitete sich vor, dem grausamen Könige und seinen blutdürstigen Mandarinen einen Rachekrieg auf Tod und Leben zu eröffnen. Die Armee der Allirten sei vortreflich in Zelten untergebracht, die Witterung mild, Speisevorräthe hinlänglich vorhanden. Dazu sende Hongkong und Manilla in regelmäßigen Intervallen neue Provision. Französische und spanische Industrielle seien aus China und Manilla angelangt und hätten Verlastenflächen eröffnet, aus dem Lager werde vielleicht demalst eine große Handelskolonie, der in Hongkong ähnlich, erwachsen. Die Truppen, wenn auch 6000 Meilen von der Heimath entfernt, und ungewiß darüber, ob sie dieselbe je wiedersehen werden, sind von guter Muth befeet und werden ihre Aufgabe würdig lösen. Einweilen forirt man eine Flottille aus kachinchinesischen und kontinentalen Schiffsgespannen, um die seichten Ströme des anamitischen Kaiserreichs damit zu befahren. Dieselbe, ganz nach dem Muster der spanischen Flottille auf den Philippinen und der holländischen in ihren Besitzungen im äußersten Orient eingerichtet, dient zugleich zum Schutz der Küsten und wider die in den Gewässern der Südsee so häufigen Piraten. Man sieht sich allgemein nach dem Beginn der Feindseligkeiten, und wenn der Admiral Rigault de Genouilly das Lösungswort zum Kampf erteilen wird, wird dasselbe mit einstimmigem Jubel vernommen werden. Man beabsichtigt einen doppelten Sturm, sowohl auf Hue, als auf Saigon, eine nach europäischem Zuschnitt im Jahre 1790 durch den französischen Kolonell Victor Olivier gegründete, ungefähr 50,000 Mannes vom Meer belegene Festung am Flusse gleiches Namens, der bis zu den Mauern der Stadt fahrbar ist. — Nach neueren Berichten ist der Angriff auf Hue auf das nächste Jahr verlegt. Trotz der Verstärkung, welche Rigault de Genouilly erhalten hat, will dieser sich in der Tsuru-Bai bestreiten, ehe er ins Innere des Landes eindringt. Der Admiral hat einen Dampfer an die Küste von Tongking geschickt, um die Missionare und Christen aufzunehmen, welche der Verfolgung zu entkommen so glücklich gewesen. Ein Bischof und mehrere Missionäre sind gerettet worden. Die Expedition nach Saigon (Rambodicha) soll eine Verständigung mit dem aufrethretischen Wizekönig bezüglich gemeinschaftlicher Operationen gegen Kachinchina zum Zwecke haben.

(Beilage.)

